

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 DM. im Monat, bei Lieferung durch die Boten 2,20 DM., bei Postbestellung 2 DM., wozu die Abgabe des Wochenblattes für Wilsdruff u. Umgegend 15 Pf. Alle Postbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abholung des Bezugspreises. — Wochenausgabe erfolgt nur, wenn Verzug besteht.



Wagelngeld: die 4-spaltige Nummern 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Reklameweile im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachdruckverbot für 20 Reichspfennig. Sonstige und Nachdruckverbot für 10 Reichspfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Nachrichten wird durch die Beschriftung der Nachrichten mit dem Zeichen 'S' angedeutet. Jeder Nachdruck ist strafbar. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 34 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postzeit: Dresden 2840 Montag, den 10 Februar 1930

Menschen, nicht Maschinen.

„Vater sein“ — das ist zu einem überaus ernsthaften Problem geworden. Denn jeder Vater, dessen Sohn die Schule verläßt, um in das Leben zu treten, weiß ein bitteres Lied davon zu singen, von welcher großen Schwierigkeit dieser Schritt in das Leben hinein begleitet ist. Jeder Vater kennt das bitter genau und bitter genug, was man als den „Anfang des Berechtigungswehens“ laut und oft bezeichnet hat, an dem aber leider herzlich wenig geändert wird. Das bittere „Schuhmacherlehrling mit Abirrentenezogenen“ ist natürlich eine maßlose Übertreibung, aber einen gewissen Kern der Wahrheit enthält es doch. Zu allererst sind aber die Behörden berechtigt, Worte der Mahnung von sich zu geben gegen dieses Unwesen des Berechtigungswehens, weil bei der Annahme von Anwärtern für die Beamtenlaufbahn genug gesündigt wird und bei der Befugung höherer Beamtenstellen „Angehöriger“, also Männer ohne vorgeschriebene „Berechtigung“ Verwendung finden. Weil man mit Recht von der Ansicht ausgeht, daß für Leistung und Können das Leben selbst, die Praxis, die — Persönlichkeit entscheidender ist als das Examen, die Berechtigung allein. Wenn Amerika zur führenden Weltwirtschaftsmacht geworden ist, so liegt der Grund hierfür letzten Endes auch darin, daß man niemandem durch den Berechtigungswehens Weg nach oben versperrt.

Man kann natürlich hier nicht das ganze Problem der „Vorbildung“ erörtern und z. B. daraus hinweisen, daß unser Schulwesen schon stark unter dem Reichen einer sehr weitgehenden Zersplitterung steht, die dem Schüler oft genug die Verwertung seiner Anlagen auf Grund der „Berechtigung“ fast zum Glücksspiel macht. Was aber — volkswirtschaftlich gesehen — in Deutschland brennendstes Problem ist, das ist nicht die „Qualifikation“, sondern die „Dualisierung“, deutsche und deutsch gesprochen: der qualifizierte Arbeiter. Ihm war es zu verdanken, daß sich das „Made in Germany“ die Welt eroberte, und nur ihm wird es heute, in der Zeit schwerer wirtschaftlicher Not, auf einer schmal gewordenen Hochstoffbasis und unter dem Druck großer Sonderlasten, auch wieder zu verdanken sein, wenn dieses „Made in Germany“ sich seine Weltstellung zurückeroberet. Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber hat sich in seiner Einrede besonders eingehend mit dieser Frage befaßt. Er hat die sachliche Ausbildung beschäftigt, will dabei stärker als bisher Männer der Praxis, „Meister“ ihres Berufes herangezogen wissen für die Berufsausbildung des heranwachsenden Geschlechts. Denn der Mann am laufenden Band ist es nicht, der letzten Endes die Spitzenleistungen des wirtschaftlichen Produktionsfortschrittes vorbereitet oder herbeiführt, sondern jener Mensch, der nicht der Maschine, dem vielmehr die Maschine dient.

Stärker noch als die Wissenschaft verlangt die Technik eine immer weitergehende Spezialisierung und in ihr ist der universell gebildete Mensch glatte Weg zur Unmöglichkeit geworden. Darum hat das „FürdasLebenlernen“ auch einen viel ernsthafteren, man möchte sagen: drohenden Sinn erhalten. Der Kampf ums Dasein ist — zum Weltkrieg geworden und man kann diesen Vergleich auch nach der Richtung hin ausweiten, daß in diesem Krieg ebenso wie einst im Ringen auf blutiger Walfahrt der „qualifizierte“ Soldat den Sieg an sich reiht. „Men not measures“, ins Deutsche von heute überfetzt: Menschen, nicht Maschinen sind die Kämpfer in diesem Ringen, bei dem ebenso wie einst die Initiative, das Draufgehen doch der geistigen Sprungkraft des einzelnen anheimgefallen ist.

Diese „Sprungkraft“ dem heranwachsenden Menschen zu geben, sie auszubilden, ist so Aufgabe der Schule, Pflicht des Staates seiner Jugend gegenüber. Man mag das auch in die Forderung kleiden, daß auch dem oben zitierten „Schuhmacherlehrling“ so viel an Wissen und Bildung auf dem Lebensweg mitgegeben werden muß, als dies nur möglich ist. „Berechtigung“ also, als Zeugnis über dieses Wissen und diese Bildung, soll sein und muß bleiben, darf aber nun nicht — jedenfalls weniger, als das heute der Fall ist — das allein Entscheidende für diesen Lebensweg sein. Immer wieder muß unterstrichen werden, wie notwendig es ist, den jungen Menschen auf eine möglichst hohe Stufe der Allgemeinbildung zu stellen — ihn sogar auch in den Schmelzöfen der Examina, der „Berechtigung“, zu schmelzen, kann, nein: muß die Rüstung für den Kampf ums Dasein schmieden. Aber auch hier kommt es doch letzten Endes auf den Menschen an, der sie trägt, und wer die Reihe der deutschen Technikerführer des vergangenen Jahrhunderts hinterblickt, wird schnell feststellen können, daß gar manchem von ihnen jegliche „Berechtigung“ fehlte. Die haben sie sich erst im Leben durch die Leistung geholt. Und noch längst ist Haupts Sinnieren über den Anfang der Bibel nicht veraltet, ist sein Hinweggehen über das „Im Anfang war das Wort“ berechtigt, und es bleibt heute mehr denn je tiefste Wahrheit: „Im Anfang war die Tat.“

Fördert die Ortspresse

Die Sozialversicherung

Gewerkschaften gegen Reichsregierung.

Einmütige Auffassung.

Bei dem auch für 1930 fast zweifellos eintretenden Fehlbetrag für die Arbeitslosenversicherung ist in letzter Zeit der Plan erwogen worden, die ausfallenden Summen durch gesetzliche Maßnahmen den übrigen Zwangsversicherungseinrichtungen zu entnehmen und so eine einseitige Sicherstellung der Anforderungen für die Arbeitslosen herbeizuführen. Dagegen erheben nun ein gemeinsamer Aufruf der großen Gewerkschaftsbünde, der die Idee als unausführbar ablehnt. Unterzeichnet ist die Entschließung: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände.

Zum Eingang heißt es, wie bekanntgeworden sei, befinde im Reichsfinanzministerium die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/31 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken.

Schärfsten Protest

mühten die Gewerkschaften gegen diesen Plan erheben, denn dieser sogenannte „Gefahrenausgleich“ innerhalb der Sozialversicherung würde nichts anderes bedeuten als eine Übertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundsätzen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger.

Eine Gefährdung der unmittelbaren Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Anhöhlung des gerade von ihnen befruchteten Baumarstes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein. Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermins würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise führen.

Keine Beruhigung der Öffentlichkeit.

Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Öffentlichkeit, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Seite gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige

Angriffe gegen den Reichsernährungsminister.

Das schwedische Viehkontingent.

In der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz richtet Landesökonomierat Kropp-Würzburg, der Führer des Christlichen Bauernvereins in Unterfranken, Angriffe gegen den Reichsernährungsminister Dietrich. Es wird darauf hingewiesen, daß der erhöhte Viehzoll sich auch auf das neue deutsch-schwedische Handelsabkommen auswirken sollte. Zur allgemeinen Überraschung sei aber den Schweden ein Kontingent von 7000 Stück Vieh zur Einfuhr nach Deutschland zu einem verminderten Zoll zugestanden worden. Von dieser Begünstigung würden mindestens drei Länder durch die Höchstbegünstigungsvorteile haben, so daß mit einem Viehkontingent von 21 000 Stück gerechnet werden müsse. Um so mehr habe es auffallen müssen, daß auf Veranlassung des Reichsernährungsministers Dietrich der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Graf Douglas, Hatz über Kopf nach Schweden geschickt worden sei. Graf Douglas habe persönliche und wirtschaftliche Interessen in Schweden. Er sei Kammerherr des schwedischen Königs und außerdem habe er auch noch Besitzungen in Schweden. Der Reichsernährungsminister sei Pächter des Grafen Douglas; denn Dietrich hat vom Grafen Douglas einen Hof gepachtet. Die Landwirtschaft müsse verlangen, daß zur Vertretung ihrer Interessen Sachverständige ernannt werden, die unabhängig seien von eigenen und wirtschaftlichen Interessen.

Zu diesem Angriff teilt Reichsminister Dietrich u. a. folgendes mit: „Es ist richtig, daß ich von dem Grafen Douglas ein Gut gepachtet habe. Was das aber mit der Entsendung des Grafen Douglas nach Schweden zu tun haben soll, ist mir gänzlich unersichtlich. Noch weniger vermag ich zu erkennen, daß aus diesem Pachtverhältnis ein schwerer Vorwurf gegen mich abgeleitet werden könnte. Sollte aber der Hinweis auf das Pachtverhältnis den Zweck haben, die Meinung hervor-

Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.“

Stützung des Roggenpreises.

Noch keine bestimmten Pläne.

Wie von verschiedenen Seiten bekannt wird, beschäftigt der Reichsernährungsminister, mehr als 100 000 Tonnen Roggen aufzukaufen, um dieses Getreide durch Aufspeicherung aus dem Markt zu ziehen und so eine Erleichterung auf dem deutschen Roggenmarkt zu schaffen. Die dazu notwendigen Gelder im Betrage von 20 Millionen Mark soll der Reichsernährungsminister bereits beim Reichskabinett angefordert haben.

Natürlich müßte zunächst das Reichskabinett seine Zustimmung geben. Die Durchführung soll so gedacht sein, daß der einzulagernde Roggen von berufenen Stellen gekauft wird und beim Verkäufer liegtbleibt, so daß er bis zu einem geeigneteren Zeitpunkt vom Markt ferngehalten würde. Von anderer Seite wird gemeldet, es schwebten auch noch andere Pläne, um den Roggenpreis zu stützen. In Berlin treiben sich manchen Plänen und Erwägungen des Reichsernährungsministers größte Beachtung. Es ist erklärlich, daß über die beschriebenen Maßnahmen des Reichsernährungsministers die verschiedensten Gerüchte im Umlauf sind.

Das Eiergesetz.

Kennzeichnung der Auslands Eier.

Wie die Landwirtschaftliche Wochenchau erfährt, wird im Reichsernährungsministerium seit geraumer Zeit ein Gesetz zur Regelung des Verkehrs mit Eiern vorbereitet, dessen Zweck der Schutz und die Förderung der einheimischen Eierzeugung ist. Inhaltlich soll sich das Gesetz im wesentlichen mit drei Fragen beschäftigen: Einwandfreie Kennzeichnung der Kühhäuser Eier, die heute vielfach als Freieier angeboten werden, Kennzeichnung der Auslands Eier und Standardisierung der einheimischen Eier. Die Regelung dieser Frage nimmt aber noch geraume Zeit in Anspruch, das Gesetz kann frühestens im Frühsommer zur Erledigung kommen. Deshalb wird angefragt, der kritischen Lage auf dem deutschen Eiermarkt ein Sofortprogramm durchgeführt, das vom Reichsausschuß für Geflügel- und Eierverarbeitung im Einvernehmen mit dem Reichsernährungsministerium und mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat aufgestellt ist.

Baden-Württemberg.

Die Vereinigungspläne.

Im Badischen Landtag wurde bei Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern von verschiedenen Rednern die Frage der Vereinigung Badens und Württembergs angeschnitten. Dazu äußerte sich Innenminister Wittemann. Nachdem er sich als Anhänger eines gesunden Föderalismus bekannt hatte, führte er u. a. aus:

Sie dürfen nicht von mir verlangen, daß ich das Innere meines Herzens heraussehe, nachdem über die Rede des Ministers Remmele solcher Staub aufgewirbelt wurde. Ich möchte nur sagen, daß im Interesse Badens die Vereinigung mit Württemberg in einem gegebenen Zeitpunkt und unter gegebenen Umständen geboten sein dürfte. Am ist es aber nicht so, daß wir einen Fußfall tun müßten, damit uns Württemberg aufnimmt. Das badische Land hat Werte kultureller und wirtschaftlicher Art genug, die auch unserem württembergischen Nachbar begehrenswert erscheinen können. Schließlich läßt sich auch das Verhältnis zur Pfalz schiedlich und friedlich nach dem Grundsatz eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes regeln.

Abgeordneter Paul Levi gestorben

Ein tragischer Tod

Berlin, 9. Februar. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Paul Levi ist, wie die Berliner Blätter melden, Sonntag morgen unter tragischen Umständen gestorben. Levi, der vor einigen Tagen an einer Grippe erkrankte, mußte sich mit einer hinzugekommenen Lungenentzündung zu Bett legen. Seit